



DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

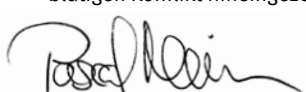
#02 klar.links
März/April 2018
28. Jahrgang

Meine Sicht.



Schluss mit der blutigen Kumpanei

Der türkische Präsident Erdogan ist ein Mann, der über Leichen geht: Nach seiner Wahlniederlage erklärte er 2015 den Kurden im Südosten der Türkei den Krieg. Es folgte eine Verhaftungswelle gegen Oppositionelle. Nun die nächste Eskalation: Am 20. Januar griff das türkische Militär zusammen mit islamistischen Söldnertruppen die nord-syrische Provinz Afrin an. Diesem Krieg sind bereits Hunderte Zivilistinnen und Zivilisten sowie Kämpferinnen und Kämpfer der kurdischen Verteidigungskräfte zum Opfer gefallen. Also genau diejenigen, die in Syrien an vorderster Front gegen die Mörderbanden des so genannten Islamischen Staats (IS) kämpfen. Und die Bundesregierung? Die duckt sich weg. Und obwohl dieser Krieg mit Panzern und militärischer Ausrüstung aus Deutschland geführt wird. Noch Mitte Januar wurden Waffenexporte genehmigt. Und der Rüstungskonzern Rheinmetall plant bereits neue Rüstungsprojekte in der Türkei. Mit dieser Kumpanei muss endlich Schluss sein. Merkel und Gabriel müssen Erdogans Angriffskrieg unmissverständlich verurteilen. Die Rüstungsexporte müssen gestoppt werden. Und die Bundeswehr muss endlich aus dem türkischen Konya abgezogen werden. Nur so verhindern wir, dass Deutschland immer weiter in diesen blutigen Konflikt hineingezogen wird.


Pascal Meiser, MdB, Bezirksvorsitzender

Für gesunde Krankenhäuser

Pünktlich zum 8. März: Volksbegehren für mehr Personal gestartet

Der 8. März ist der internationale Frauenkampftag. Weltweit gehen Frauen für ihre Rechte auf die Straße. Das ist dringend nötig, denn Unterdrückung und Benachteiligung sind immer noch Alltag. Das gilt auch im Arbeitsleben: Frauen verdienen weniger als ihre Kollegen. In den sogenannten Frauenberufen sind schlechte Arbeitsbedingungen und Stress besonders verbreitet. Das gilt besonders in der Pflege und im Gesundheitsbereich. Ein Hauptgrund für die schlechten Arbeitsbedingungen ist dort der chronische Personalmangel. Laut Gewerkschaft ver.di fehlen ca. 3000 Pflegestellen in Berliner Krankenhäusern. Die Folge: Dauerstress und Überlastung – die Arbeit im Krankenhaus macht die Pflegerinnen und Pfleger krank. Und die Unterbesetzung ist natürlich lebensgefährlich für die Patientinnen und Patienten selbst. Das wollen wir nicht länger hinnehmen, wir werden aktiv! Um das Wohl und die Sicherheit von Patientinnen und Patienten zu gewährleisten, haben wir den Volksentscheid für Gesunde Krankenhäuser gestartet. Und jeder und jede kann einen Beitrag leisten, zumindest mit einer Unterschrift.

Zentrales Anliegen des Volksentscheides:

- Mehr Personal ins Krankenhaus durch feste Personal-Patienten-Schlüssel;
- Die Investitionen des Landes Berlins in unsere Krankenhäuser maßgeblich erhöhen.

Nun sammeln wir Unterschriften. Kommen genügend zusammen, wird das Volksbegehren zum Volksentscheid. Dann können die Berli-

rinnen und Berliner über unseren Gesetzentwurf abstimmen. DIE LINKE. Berlin hat beschlossen, das Volksbegehren zu unterstützen. Auch DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg hat bereits angefangen massiv Unterschriften zu sammeln. Das sind die Hintergründe: Seit 1996 wurden in der Pflege bundesweit ca. zehn Prozent der Stellen abgebaut. Gleichzeitig ist die Anzahl der zu Versorgenden um 24 Prozent angestiegen. Parallel hat das Land Berlin bei den Investitionskosten – also den Kosten für Um- und Neubauten und die Anschaffung großer medizinischer Geräte – massiv gespart. Die Krankenhäuser haben dies mit weiteren Einschnitten beim Personal ausgeglichen. Unser Gesetzentwurf sieht für Intensivstationen einen verpflichtenden

Pflege-Patienten-Schlüssel zwischen 1:1 und 1:3 vor. Für alle anderen Stationen wird der Personalbedarf auf Grundlage der Pflege-Personal-Regelung ermittelt und festgelegt. Die Investitionsförderung durch das Land wird verbindlich geregelt und beträgt 8,6 Prozent der Kosten. Das ist laut Rürup-Kommission die Quote, die zur Deckung des tatsächlichen Bedarfs mindestens nötig ist.

Weitere Informationen und mitmachen:
www.volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de

Dana Lützkendorf,
Mitglied des Bezirksvorstandes und
Krankenschwester an der Charité

Mehr zum Frauentag: Seite 3



DIE LINKE. Friedrichshain Süd-Ost sammelt schon Unterschriften für das Volksbegehren.

Schlechte Noten für Ausbilder

Notwendige Verbesserung der Berufsschulen wurde verschlafen

Der Ausbildungsreport der DGB Jugend Berlin-Brandenburg zeigt, dass es noch Qualitätsmängel bei der dualen Berufsausbildung gibt. Bereits zum zwölften Mal wurde Ende 2017 der Ausbildungsreport der DGB Jugend Berlin-Brandenburg veröffentlicht. Schaut man sich das Ergebnis der Befragung von 1.800 Auszubildenden unterschiedlicher Branchen an, so lassen sich kaum positive Veränderungen feststellen. Zum Teil hat sich die Situation sogar noch verschlechtert.

Beim Sonderthema »Qualität der beruflichen Schulen« bewerten 27 Prozent der Befragten die fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts bestenfalls mit »befriedigend«, 15 Prozent sogar nur mit »ausreichend« oder gar »mangelhaft«. Da wundert es nicht, wenn jede_r fünfte Befragte sich nicht gut genug auf die theoretische Prüfung vorbereitet fühlt. Doch nicht nur die fachliche Qualität des Berufsschulunterrichts weist Mängel auf, auch die Ausstattung der Schulen lässt oftmals zu wünschen übrig. So sagt die Bezirksjugendsekretärin der DGB Jugend Berlin-Brandenburg Christin Richter dazu: »Unsere ehrenamtlichen Team_innen und Hauptamtliche aus den Gewerkschaften berichten uns immer wieder über die desolaten Zustände in den beruflichen Schulen. In Berlin sei die Situation sogar

deutlich schlechter als in Brandenburg. Wenn der Putz von der Decke bröseln und sich die Kolleg_innen nicht auf die Toiletten trauen, ist das für uns nicht hinnehmbar!« Auch beim betrieblichen Teil der Ausbildung stellt die Gewerkschaftsjugend Handlungsbedarf fest: Über ein Drittel gab an, dass sie regelmäßig Überstunden leisten würden. Genauso vielen liegt kein Ausbildungsplan für den betrieblichen Teil der Ausbildung vor. Von den Auszubildenden, denen ein betrieblicher Ausbildungsplan vorliegt, bemängeln 40 Prozent ihren betrieblichen Ausbildungsplan nur »etwas« oder »überhaupt nicht« zu kennen. Ein weiteres Problem ist die Übernahme von ausbildungsfremden Tätigkeiten: 63 Prozent der Azubis sagen, dass sie »selten«, »manchmal« bzw. sogar »häufig« oder gar »immer« ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten müssen. Nur 37 Prozent müssen das »nie« tun. Es gibt keinen Beruf, in dem das nicht vorkommt. Dabei sind ausbildungsfremde Tätigkeiten laut Berufsbildungsgesetz (BBiG) nicht zulässig. Es zeigt sich: Die Berufsschulbildung muss verbessert und gestärkt werden. Hierfür sind zusätzliche Mittel für die personelle und sachliche Ausstattung unabkömmlich. Mehr, gut qualifizierte, Lehrkräfte, eine Verbesserung der



Foto: flickr.com/Arbeitgeberverband_Gesamtmittel

baulichen Zustände sowie der sanitären Einrichtungen und Räumlichkeiten und eine bessere technische Ausstattung der Berufsschulen sind dringend notwendig und stellen das Fundament einer guten Ausbildungsqualität dar. Allgemein ist eine Novellierung des BBiG im Sinne der Auszubildenden unabkömmlich. Ziel muss es sein, den Auszubildenden eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, ihnen mehr Schutz vor Ausbeutung und mehr betriebliche Mitspracherechte

zugestehen. Darüber hinaus ist die Entwicklung eines für Auszubildende leicht zugänglichen und niedrigschwelligen Beschwerdemanagements bei auftretenden Problemen im Betrieb notwendig. Nur so kann sich die Qualität der dualen Berufsausbildung perspektivisch verbessern und das duale Ausbildungssystem auch wieder zunehmend attraktiver für junge Erwachsene werden.

Marcel Voges

GroKo: Mit Vollgas in die falsche Richtung

Die neue Regierung steht – es ist die alte. Neu sind einige Personalien, zum Beispiel Olaf Scholz für Finanzen und Horst Seehofer als Minister für Heimat, Bauen und Inneres. Davon ist nichts Gutes zu erwarten. Im Koalitionsvertrag finden sich 105 Prüfaufträge und 15 Kommissionen auf 177 Seiten – rekordverdächtig beim Vertagen und Verträgen. Eine Bürgerversicherung, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und eine armutsfeste Rente wird es nicht geben. Dafür viele kleine Einzelmaßnahmen, manchmal einen Schritt vorwärts und zwei zurück. Manchmal mit Vollgas in die falsche Richtung.

Ausführliche Analyse des Koalitionsvertrages:

www.die-linke.de/fileadmin/newsletter/texte/2018/02/2018-Kurzinfo_GroKo.pdf

Starke Belegschaften wählen starke Betriebsräte!

Niedriglohn und unsichere Arbeitsverhältnisse sind auf dem Vormarsch. Leiharbeit und der Missbrauch von Werkverträgen nehmen zu. Das soll Belegschaften spalten. Der Druck steigt: Die Beschäftigten sollen schneller und länger arbeiten und später in Rente gehen. Betriebsräte haben den gesetzlichen Auftrag sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerschutzrechte und die Tarifverträge eingehalten werden. Deshalb brauchen wir Betriebsräte, die sich für die ganze Belegschaft

einsetzen und die Interessen aller vertreten. Und die keine Angst vor Konflikten mit dem Arbeitgeber haben.

Wehren können wir uns nur gemeinsam! Für starke Belegschaften brauchen wir starke Betriebsräte. Gespaltene Belegschaften nützen nur den Unternehmern. Deshalb: Lasst euch nichts vormachen von selbst ernannten Patrioten. Wählt die Listen der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes! Wir sagen Nein zu Rassismus und

Ausgrenzung. Wir kämpfen für alle Beschäftigten. Wer einen von uns angreift meint uns alle. Die AfD steht als Partei an der Seite der Unternehmer. Sie kämpft nicht für die Rechte der Beschäftigten. Sie hat keine solidarischen Antworten auf die Probleme der Gesellschaft und tritt nur nach unten. Keine Stimme, keinen Fußbreit den Rechten. Mischt euch ein, kandidiert und wählt Listen und Personen die in Mitgliedsgewerkschaften des DGB organisiert sind.

Betriebsratswahlen

**Wir lassen uns nicht spalten.
Rassisten und rechten Listen
die rote Karte zeigen. DIE LINKE.**

Gleichberechtigt und selbstbestimmt!

LINKE Forderungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von

mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen und Sexismus, müssen überwunden werden.

DIE LINKE steht für emanzipatorische Familienpolitik. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, in welcher Gemeinschaftsform sie leben.

Familienpolitik muss allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen.

Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.

Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise

als Norm gesetzt wird. Deshalb setzen wir uns für

eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein.

365

Jeder Tag ein Frauentag: Gleichberechtigung endlich umsetzen!

DIE LINKE.

Rassistische Mogelpackung

Rechter »Frauenmarsch« erfolgreich blockiert

Es war ein großer Erfolg: In kaum 14 Tagen organisierte sich ein breites Bündnis, um den rechten »Frauenmarsch« von AfD-Mitglied und »Ex-Muslima« Leyla Bilge am 17. Februar vom Halleschen Tor zum Kanzleramt zu verhindern.

Bilges Aufruf war eine reine Mogelpackung, ein »trojanisches Pferd voller antimuslimischem Rassismus«, wie wir in unserem Aufruf zum Protest schrieben. Bilge interessiert Frauenunterdrückung allenfalls, wenn Geflüchtete und Muslime die Täter sind. Kein Wort zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch Weiße und Nicht-Muslime. Ihr geht es ausschließlich um rassistische Hetze.

Gemeinsam mit mehreren Frauennetzwerken und antirassistischen Initiativen, jüdischen, kurdischen,

muslimischen und türkischen Gruppen, Aktivist*innen von Grünen, Jusos, SPD und Gewerkschaften sorgten wir dafür, dass der Marsch der (im Übrigen mehrheitlich männlichen) Rechten und Neo-Faschisten nach kaum 700 Metern aufgeben musste.

Unser gemeinsamer Nenner: Feminismus muss immer antirassistisch sein, damit er diesen Namen verdient. Über 3000 Kreuzberger*innen folgten unserem Aufruf und zeigten praktisch, dass wir uns nicht nach rassistischen Kriterien spalten lassen.

Rund um den Auftaktort des rassistischen Marsches hatten wir vom Protestbündnis aus mehrere Kundgebungen angemeldet. Von dort aus stellten sich die Antifaschist*innen dem »Frauenmarsch« in den Weg und

zwangen sie schließlich, ihren Aufzug abzubauen.

Für die Polizei war angesichts dieser Entschlossenheit und der gesellschaftlichen Breite der Proteste offensichtlich der politische Preis zu hoch. Nach einigen anfänglichen gewaltsamen Versuchen, unsere Blockaden zu zerschlagen, geleiteten sie schließlich doch nur die Rechten zurück zum U-Bahnhof.

Dieser Erfolg gelang auch, weil wir die AfD nicht als »normale Partei« betrachten und meinen, ihre rassistische Hetze ignorieren zu können. Wir haben gezeigt, dass wir gewinnen können, wenn wir mit allen, die von den Rechten diffamiert werden, zusammen dagegen gehalten.

Rene Paulokat

Feminismus heißt Widerstand

Demonstration am 8. März zieht durch Kreuzberg

»Feminismus heißt Widerstand« ist das Motto am 8. März 2018, dem internationalen Frauentag. Wir wehren uns gegen jede Art von Gewalt insbesondere solche, die Frauen* Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*Inter- und queere Menschen und People of Color betrifft. Wir wehren uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung, auch gegen sexuelle Ausbeutung weltweit. Wir kämpfen gegen Militarisierung und Krieg, gegen Nationalismus, rassistische Alltagspolitik und gegen alle Gesetze zur Entrechtung von Geflüchteten. Wir fordern die sofortige Streichung des § 219 a StGB. Wir sind gegen alle Gesetze die Sexarbeiter*innen diskriminieren und wir sagen: Weg mit dem »Hurenpass« der seit Juli 2017 Gesetz ist. Um das alles zu ändern und auf noch mehr Defizite in der heutigen Politik aufmerksam zu machen, demonstrieren wir am 8. März 2018 um 17 Uhr vom Hermannplatz zum Oranienplatz. Dort wird gegen 20 Uhr die Abschlusskundgebung stattfinden. Also heraus zum Frauen*kampftag, heute wie vor 100 Jahren, der Feminismus soll sich wieder Gehör verschaffen.

Der »Frauenkreis 8. März« lädt am 10. März 18, 15 Uhr, ein zu einer Veranstaltung im DDR-MUSEUM in der Kulturbrauerei, Knaakstraße 97 zum Thema: »Beruf und Familie, wie haben Frauen das unter einen Hut gekriegt und was fordern wir von der GRO-KO?«.

Wir werden eine Stunde kompetent durch die Ausstellung geführt und diskutieren danach im Café um die Ecke.

Anmeldung dringend erforderlich:

E. Schmidt unter Telefon (AB): 030/612 13 50 oder schmidt.elisabeth68@gmail.com

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
Fax: 030/426 13 38

Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

Bürozeiten:

Montag: 13–18 Uhr, Dienstag & Donnerstag:
10–18 Uhr, Freitag: 9–13 Uhr

Veranstaltungen März/April 2018**Mitgliederversammlung OV Kreuzberg**

Donnerstag, 1. März und 5. April,
jeweils 19 Uhr, im Familiengarten,
Oranienstraße 34, HH,

Versammlung Ortsverband Nord-West

Montag, 5. März, 18 Uhr

Marx und der Kapitalismus I

mit Ingar Soltz
Mittwoch, 7. März, 19 Uhr

Demonstration zum Frauenkampftag

Donnerstag, 8. März, 17 Uhr
ab Hermannplatz

Fukushima-Demo 7 Jahre nach dem GAU

Samstag, 10. März, 13 Uhr, Pariser Platz

Versammlung Ortsverband Süd-Ost

Montag, 12. März, 19 Uhr

Podiumsdiskussion zur Schulbauoffensive

Montag, 12. März, 19 Uhr
Vierte Welt, Adalbertstraße 4, Galerie,
über Außentreppe Adalbertstraße 96

Treffen Ortsverband Nord-Ost

Donnerstag, 15. März, 19 Uhr

Stammtisch des OV Kreuzberg

Montags, 19. März und 16. April,
jeweils ab 19 Uhr,
Südblock, Admiralstraße 1 am Kotti,
Gäste herzlich willkommen!

Treffen Ortsverband Süd-West

20. März, 18 Uhr
Volkssolidarität, Koppenstraße 62,
10243 Berlin

Treffen des AK Rote Beete

für sozial-ökologischen Umbau
Mittwochs, 21. März und 18. April,
jeweils 18.30 Uhr, im Roten Laden

Marx und der Kapitalismus II

mit Ingar Soltz
Mittwoch, 8. April, 19 Uhr

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 18. Februar 2018
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichs-
hain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

www.dielinke-fk.de

www.facebook.com/DIELINKE.FK

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Regine Sommer-Wetter,
Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

Es fehlen Grünflächen

Mangel wird sich im Bezirk noch verschärfen



Der Bezirk hat ein Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erarbeitet, welches Auskunft über den Bedarf an Kitas, Schulen, Sportanlagen, Jugendeinrichtungen, Spielplätzen, Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen und Grünanlagen – alles in öffentlicher Hand – gibt. Es stellt den Bedarf anhand der Bevölkerungszahlen von Ende 2015 fest, vergleicht ihn mit dem Bestand und schätzt ihn aufgrund der Bevölkerungsprognosen bis 2030 ab. Das SIKo ist damit ein wichtiges Planungsinstrument und soll für alle Berliner Bezirke entstehen. Für die Versorgung mit Grünflächen wird der Bezirk in acht Bezirks-Regionen eingeteilt. Es wird dann zwischen wohnungsnahem Grün für Flächen zwischen 0,5 (= 5000 m²) und 10 ha und siedlungsnahem Grün ab 10 ha Größe unterschieden. Wohnungsnah heißt in maximal 500 m Entfernung, gleich fünf Gehminuten, und siedlungsnah in max. 1500 m Entfernung, also in 15 Minuten zu erreichen. Als Orientierungswert für den Bedarf werden 6 m² bzw. 7 m² je Einwohner angesetzt.

Beim Ist-Bestand gibt es bezirksweit ein »Überangebot« mit rund 112.000 m² oder 6,4 m² pro Einwohner bezogen auf den Orientierungswert beim wohnungsnahen Grün (hier wird das siedlungsnah mit eingerechnet), doch durch die Standorte der großen Grünanlagen Park am Gleisdreieck, Görlitzer Park, Viktoriapark, Mariannenplatz und Volkspark Friedrichshain (alle am Rande des Bezirks bzw. teilweise in anderen) ist die Versorgung der einzelnen Bezirks-Regionen sehr unterschiedlich. Ein besonders großes Defizit haben die Regionen nördlich und südlich der Frankfurter Allee. Weniger groß ist der Mangel in Karl-Marx-Allee Süd und in der südlichen Luisenstadt, während Karl-Marx-Allee Nord durch den Volkspark Friedrichshain weit »überversorgt« ist. Für die Prognose mit Bevölkerungszuwachs bis 2030 um rund 17.000 Personen im Bezirk sinkt das Angebot auf rund 6 m² pro Einwohner. Während damit der Orientierungswert noch gerade so im Durchschnitt erreicht wird, ist die Bilanz beim siedlungsnahen Grün düsterer. Es gibt in fünf der

acht Regionen solche Grünanlagen gar nicht, so dass nur 3,1 m² (statt 7 m² Soll) 2015 vorhanden waren und dieser Wert sinkt bis 2030 auf 2,9 m² noch weiter ab. Nur Karl-Marx-Allee Nord hat heute und 2030 ein ausreichendes Angebot, bei allen anderen sieben Regionen verschlechtern sich die Werte in Zukunft nochmals. Durch das geringe Angebot im am dichtesten besiedelten Bezirk Berlins kommt es zu Übernutzungen der Parks und Grünanlagen. Da die Konkurrenz um Flächen für Wohnungsbau und andere soziale Einrichtungen deutlich zunehmen wird, sind die wenigen Freiflächen zudem gefährdet. Auch kleine und kleinste Flächen, die für Bauvorhaben nicht genutzt werden können, müssen erhalten bleiben oder bei Neubauten geschaffen werden. Vorgärten, begrünte Baumscheiben, Fassaden- oder Dachbegrünungen müssen gefördert, Straßenbäume erhalten und neu angepflanzt werden. Und Finger weg von den Parks und grünen Friedhöfen!

Karl-Heinz Ludewig

Refugees welcome! Stoppt die AfD! 17. März: Internationaler Aktionstag gegen Rassismus

Seit über 50 Jahren wird der internationale Tag gegen Rassismus begangen. Angesichts der beunruhigenden Wahlerfolge rassistischer und faschistischer Parteien wie Front National, Jobbik, FPÖ oder AfD fanden in den letzten Jahren in immer mehr europäischen Städten Kundgebungen und andere Aktionen aus Anlass dieses Tages statt.

Um den Aufstieg des Rassismus zu stoppen, brauchen wir eine gemeinsame Bewegung aller Menschen, die ihn ablehnen. Zusammen mit Aktiven in London, Paris, Athen, Amsterdam, Wien und vielen anderen Städten in Europa rufen wir auch in Berlin zur Demonstration auf.

Wir richten uns insbesondere gegen die AfD, unter deren Dach sich Islamfeinde, Antisemiten und faschistische Kräfte sammeln.

Demonstration

Samstag 17. März 2018 um 13 Uhr

Treffpunkt: Potsdamer Platz

**Abschlusskundgebung vor
der Bundeszentrale der AfD,
Schillstraße 9, Berlin-Tiergarten.**

